

Jürgen Peters u.a.

Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Europa



Markt contra Staat

Jürgen Peters u.a.
Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Europa – Markt contra Staat

- Prof. Dr. Peter Bofinger*, Universität Würzburg, Mitglied des Sachverständigenrates
- Prof. Dr. Stefan Collignon*, London School of Economics und Harvard University
- Bertin Eichler*, Hauptkassierer der IG Metall und stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a.M.
- Elke Eller*, Geschäftsführerin der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a.M.
- Klaus Franz*, Vorsitzender des Opel-Gesamtbetriebsrats und des Europäischen General Motors Arbeitnehmerforums, Bochum
- Günter Gloser*, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Berlin
- Olivier Höbel*, Bezirksleiter des IG Metall Bezirkes Berlin-Brandenburg-Sachsen, Berlin
- Dr. Steffen Kinkel*, Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe
- Dr. Heribert Kohl*, Büro für wissenschaftliche Publizistik und Beratung, Erkrath
- Dr. Emil Machyna*, Präsident der Metallgewerkschaft KOVO, Slowakische Republik, Bratislava
- Werner Neugebauer*, Bezirksleiter des IG Metall Bezirkes Bayern, München
- Jürgen Peters*, Erster Vorsitzender der IG Metall und Vorsitzender des Verwaltungsrats der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a.M.
- Peter Scherrer*, Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes, Brüssel
- Armin Schild*, Bezirksleiter des IG Metall Bezirkes Frankfurt, Frankfurt a.M.
- Manfred Zabel*, Betriebsratsvorsitzender Autoliv-Sicherheitstechnik, Döbeln/Sachsen
- Dr. Astrid Ziegler*, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

Jürgen Peters u.a.

**Mehr und bessere Arbeitsplätze
durch Europa –
Markt contra Staat**

Herausgegeben von der Otto Brenner Stiftung

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Die Otto Brenner Stiftung ist die Wissenschaftsfördereinrichtung der IG Metall. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dem Ausgleich zwischen Ost und West.

www.Otto-Brenner-Stiftung.de

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Die Europafahne wird anlässlich des EU-Beitritts von Rumänien am 1.1.2007 am Regierungsgebäude in Bukarest angebracht (Foto: dpa)

Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg

ISBN 978-3-89965-223-9

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Elke Eller Vorwort | 7 |
| Jürgen Peters Ein Europa für die Menschen und nicht für die Märkte – Anforderungen an ein soziales Europa | 10 |
| Peter Bofinger Die europäische Integration aus makroökonomischer Perspektive ... | 22 |
| Günter Gloser Europa »neu denken« | 33 |
| Die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft | |
| Peter Scherrer Perspektiven europäischer Gewerkschaftspolitik | 42 |
| Heribert Kohl Soziales Europa von unten? | 51 |
| Perspektiven der grenzüberschreitenden Gewerkschaftskooperation | |
| Emil Machyna Grenzüberschreitende Zusammenarbeit | 73 |
| Werner Neugebauer Wiener Memorandum: Gelebte Zusammenarbeit von unten | 80 |
| Armin Schild Arbeitsplatzverlagerung und Standortwettbewerb im neuen Kapitalismus | 90 |
| Steffen Kinkel Produktionsverlagerungen und Arbeitsplatzverlagerung – eine Bestandsaufnahme | 105 |

| | |
|--|-----|
| Klaus Franz | |
| Europäische Arbeitnehmervertreter | 116 |
| Olivier Höbel | |
| Unsere Anforderungen an die EU-Strukturpolitik | 124 |
| Manfred Zabel | |
| Gratwanderung zwischen Opposition und Mitgestaltung | 131 |
| Astrid Ziegler | |
| EU-Strukturpolitik nach 2006 – Perspektiven und Einflussmöglichkeiten | 135 |
| Stefan Collignon | |
| Europa befindet sich in der Krise | 146 |
| Bertin Eichler | |
| Schlusswort | 156 |

Anhang

| | |
|---|-----|
| Vorstand der IG Metall | |
| »Für ein solidarisch erneuertes Europa« | 159 |
| Ein Europapolitisches Memorandum der IG Metall – Diskussionspapier | |

Elke Eller

Vorwort

»Markt contra Staat – Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Europa« lautete das Thema der Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung 2006, die vom 8. bis zum 9. November 2006 in Berlin stattfand. Es ist bekannt: Von Beginn an war das Selbstverständnis der Arbeiterbewegung international. Die soziale Frage wurde dementsprechend nicht als nationale, sondern vielmehr als internationale Frage verstanden. Gemeinsames Interesse der Arbeitnehmer auf der ganzen Welt ist soziale Gerechtigkeit und Frieden. Doch heute agiert die Kapitaleseite in weit höherem Maße international vernetzt, während die Gewerkschaften noch allzuoft dem nationalen Rahmen verhaftet bleiben. Dessen ungeachtet wissen sie aber, dass sie ihr Handeln den veränderten Marktgrenzen anpassen müssen, und fordern daher von der Politik eine aktive Gestaltung europäischer Rahmenbedingungen.

Genau hier liegt eines der großen politischen Defizite: Die EU wird von den Menschen nicht mehr als Antwort auf eine entfesselte Ökonomie und eine ungebremste Marktmacht gesehen, sondern im Gegenteil als Beschleunigungsmittel dieser Phänomene.

Schon Jacques Delors stellte zu Recht fest, dass die Menschen den Binnenmarkt nicht lieben können. Deshalb wollte er der EU »eine Seele« geben, gleichsam ein solidarisches Gerüst, welches in der Lage ist, identitätsstiftendes Potenzial zu entwickeln. Diesen roten Faden gilt es wieder aufzunehmen. Leider sieht der politische Mainstream in Europa aktuell anders aus:

- Die globale Wettbewerbssituation wird missbraucht, um die Sozialsysteme gegeneinander auszuspielen. Durch die verschärfte Konkurrenzsituation und durch die um sich greifende Wettbewerbsideologie wird zusätzlich Druck ausgeübt. Die Verteilung des Volkseinkommens geht zulasten der Einkommen der abhängig Beschäftigten.
- Es gibt einen enormen Machtzuwachs der transnationalen Konzerne. Kapital entzieht sich jeglicher Kontrolle und der Nationalstaat ist schon längst in seinem Handeln eingeschränkt. Instabile Arbeitsbeziehungen und Mobilität, Flexibilität und Kurzfristigkeit dominieren.
- Die Ohnmacht der nationalen Politik wird von den Menschen immer deutlicher wahrgenommen und führt zur Politikverdrossenheit, die sich zu einer Krise der Demokratie ausweiten kann.

- Real wurden immer mehr Kompetenzen der EU übertragen, ohne dass sich damit eine öffentliche Diskussion über eine transparente und demokratische Struktur der EU entwickelt hätte.
- Zentrales Problem scheint jedoch die neoliberale Kursänderung in der EU zu sein. Diese ist Ausdruck veränderter politischer Mehrheiten. Wir erleben tagtäglich eine Stärkung marktradikaler Kräfte in der EU.
- Durch diese veränderte politische Ausrichtung wird der Wettbewerbsdruck auf die sozialen Sicherungssysteme dramatisch erhöht.
- Ohne allgemeine gemeinsame Standards und koordiniertes Handeln ist das Drohpotenzial der »Arbeitsplatzverlagerung« und des »Lohndumpings« nahezu unbegrenzt.
- 84% der befragten Deutschen im Eurobarometer haben Angst vor der Verlagerung von Jobs in so genannte Niedriglohnländer. Diese Ängste spiegeln die ständigen Erpressungsversuche gegen soziale Leistungen und Entlohnung in Deutschland wider.
- Die Menschen machen sich Gedanken über den Sinn des Projekts EU und begreifen dieses nicht mehr als das ihre.
- Hier sehen wir die Notwendigkeit der öffentlichen Diskussion – vor allem im Hinblick auf die soziale Dimension und die demokratische Legitimation.
- Daher brauchen wir dringend eine solidarische Erneuerung der EU – freilich mit Bündnispartnern und mit Bezug auf konkrete Ansatzpunkte.

Die in vorliegender Publikation versammelten Beiträge der Tagung sollen dazu Anregung geben:

- Welche Visionen haben Gewerkschaften wie die IG Metall, aber auch andere von Europa?
- Welche Agenda und welche Akzentsetzung hat sich die Bundesregierung für die deutsche Ratspräsidentenschaft vorgenommen?
- Welche Sichtweise haben kritische Wissenschaftler von der derzeit verfolgten Art und Weise der Europäisierung?

Die Jahrestagungen der Otto Brenner Stiftung legen Wert auf einen intensiven Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis, in dem gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Themen immer auch unter dem besonderen Blickwinkel der Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West behandelt werden, sowie auf gemeinsame Diskussionen. Deshalb waren zentraler Bestandteil der Tagung die drei Foren (Forum I: Soziales Europa von unten? Perspektiven der grenzüberschreitenden gewerkschaftlichen Zusammenarbeit am Beispiel der »Wiener Memorandum Gruppe«; Forum II: Arbeitsplatzverlagerung in der EU – ruinöser Standortwettbewerb oder

Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der neuen Mitgliedsstaaten?; Forum III: EU Strukturpolitik nach 2006 – Perspektiven und Einflussmöglichkeiten), deren Hauptreferate ebenfalls in diesem Buch dokumentiert sind. Die zentralen Ergebnisse der Podiumsdiskussion »Europa in der Sackgasse – Wege aus der Krise«, an der Stefan Collignon, Wolfgang Rhode, Peter Scherrer und Angelica Schwall-Düren teilnahmen, die die Schwerpunkte der Tagung bündelte und zugleich Lösungswege auf der europäischen Handlungsebene aufzeigte, sind in dem überarbeiteten Eingangs-Statement von Stefan Collignon zusammengefasst.

Wir dokumentieren im Anhang dieses Buches darüber hinaus ein Diskussionspapier für ein »Europapolitisches Memorandum«, das thesenartig erstmals bei der Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung vorgestellt und inzwischen in einer Langfassung vom Vorstand der IG Metall am 16. Januar 2007 beschlossen wurde. Es soll als Grundlage der europapolitischen Debatte inner- und außerhalb der IG Metall dienen.

Integraler Bestandteil der Jahrestagung ist seit vielen Jahren die Verleihung des Otto Brenner Preises. Im Jahr 2006 stand er zum zweiten Mal unter dem Motto »Otto Brenner Preis für Kritischen Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellte Wahrheiten«. Frank A. Meyer, Journalist und Verlagsberater aus der Schweiz, hat als Gastredner die Vorstellung der Preisträger eingeleitet.¹ Sein Urteil über den deutschen Journalismus fiel klar aus: »Zu viel Konformität, zu wenig solides Handwerk – um den kritischen Journalismus steht's schlecht in Deutschland!« In einem großen Beitrag im Handelsblatt kommentierte er die Henri-Nannen-Preisverleihung wie folgt: »Ein Journalistenpreis für journalistische Leistung! Die Feier wurde als glamouröses gesellschaftliches Ereignis inszeniert, mit abgesperrten Straßen zur Vorfahrt der Limousinen, mit rotem Teppich, mit Hostessen, mit Showeffekten. Die geehrten Kollegen nahmen den Preis zum Teil im Smoking entgegen. Sie hatten über Sterbehilfe und Arbeitslosigkeit, über Kriegsversehrte, Mord und Globalisierungsoffer geschrieben. Die Auszeichnung von Journalisten als ›ballähnliche Veranstaltung?«

Im Gegensatz dazu macht der Brenner-Preis für kritischen Journalismus auf diejenigen aufmerksam, die beweisen, dass kritische Beiträge auch heute noch möglich sind – und das ganz ohne roten Teppich.

¹ Unter www.otto-brenner-preis.de/dokumentation/2006/preisverleihung.html sind die Laudatio und die Preisträger nachzulesen.

Jürgen Peters

Ein Europa für die Menschen und nicht für die Märkte – Anforderungen an ein soziales Europa

Interessenvertretungspolitik über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus begleitet die Gewerkschaften seit ihren frühen Jahren. Es ist so etwas wie ihr Selbstverständnis. Es war die »*Internationale*«, die das Menschenrecht erkämpfen sollte, und es waren die »Proletarier *aller Länder*«, die sich vereinigen sollten. Programmatisch und kulturell sind die Gewerkschaften dem Gedanken des Internationalismus also seit jeher verbunden. Doch heute ist ein Handeln nach diesen Prinzipien leichter gesagt als getan.

Die Menschen verbinden mit den Begriffen wie Europäisierung und Globalisierung zumeist Sorgen und Ängste um ihre Zukunft. Globalisierung klingt für viele nach Standortverlagerungen, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau; Europa nach Bürokratie und Marktliberalisierung. Sicher: das ist nicht das ganze Bild, es sind nur Ausschnitte der Wirklichkeit. Aber wer nicht *für*, sondern gemeinsam *mit* den Menschen die Zukunft gestalten will, der muss sie dort abholen, wo sie stehen. Der darf nicht die Selbstbeschreibung Europas durch die offiziellen Festansprachen und Dokumente zum Ausgangspunkt nehmen. Der muss an den Ängsten und Zweifeln der Menschen ansetzen. Nicht um sie zu verstärken, sondern um Europa auf einen Pfad zu führen, der auf die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger trifft.

Die deutschen Gewerkschaften haben das Projekt Europa von Beginn an unterstützt und wollen dies auch in Zukunft tun. Der Rückfall in einen engstirnigen Nationalismus wäre das Gegenteil von dem, was wir heute brauchen. Gerade deshalb müssen wir uns der Wirklichkeit stellen. Der aktuelle Zustand der Europäischen Einigung erfüllt mich als bekennenden Europäer mit Sorge. Das »Nein« zum Verfassungsentwurf in Frankreich und den Niederlanden brachte zum Ausdruck, wie tief die Krise ist, in die sich die EU hineinmanövriert hat.

Weitere Anzeichen kommen hinzu: Der so genannte Kok-Bericht belegt, dass Europa weit davon entfernt ist, die Ziele der Lissabon-Strategie zu verwirklichen. Weder reichte das Wirtschaftswachstum noch die Produktivitätsentwicklung an die Vorgaben heran. Von einer höheren

Beschäftigungsquote bei weiblichen und älteren Arbeitnehmern und durchschlagenden Erfolgen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ganz zu schweigen. Nicht viel besser sieht es bei der Arbeit an einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik aus. Schließlich erwecken viele politische Debatten den Eindruck, als hätte die alte westliche Union die Erweiterung um die südosteuropäischen Staaten noch nicht richtig verarbeitet und scheint mit Blick auf die Vehemenz, mit der bereits weitere Staaten an die europäische Türe klopfen, eher ratlos zu sein.

Die EU-Kommission hat sich – in Reaktion auf all diese Schwierigkeiten – selbst eine Denkpause, eine Phase der Reflektion verordnet. Das ist gut so! Doch bisher entpuppte sich diese Denkpause als eine Zeit des Aussitzens. Zu viel ist bislang von Vermittlungsproblemen gesprochen worden. Es geht aber nicht um ein besseres Marketing, sondern vielmehr um reale Probleme. Sie müssen nicht besser vermittelt, sie müssen endlich gelöst werden.

Nehmen wir als Beispiel die wirtschaftlichen Schwierigkeiten: Mit der Lissabon-Strategie nahm sich die EU vor sechs Jahren vor, bis zum Jahr 2010 zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Das Ziel war anspruchsvoll, die Ergebnisse sind ausgesprochen mager. Dies liegt vor allem an einer verfehlten wirtschaftspolitischen Orientierung. Die Ideologie scheint über den ökonomischen Sachverstand zu triumphieren. Mehr denn je fokussieren die EU-Institutionen wie die Nationalstaaten im Rahmen des Euro-Finanzregimes auf wirtschaftsliberale Konzepte: Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Privatisierung öffentlicher Güter (koste es, was es wolle!) und eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik – das sind die Leitsätze, die uns nun wahrlich nicht begeistern.

Die Bedeutung der Massenkaufkraft, von öffentlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie die Wichtigkeit sozialer Sicherheit für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen tauchen zwar noch in einigen Dokumenten auf – aus der politischen Praxis sind sie aber geradezu eliminiert! Wenn einige Politiker über Europa reden, reden sie ausschließlich über Wettbewerb. Es sei denn, unter den Zuhörern befinden sich Gewerkschafter. Dann wird über Wettbewerb und Beschäftigung geredet. Mit diesen ökonomischen Defiziten sind soziale Konflikte zunehmend verbunden.

In den letzten Jahren ist Europa bei der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung kaum vorangekommen. Im Gegenteil: In nahezu allen Ländern Europas ist eine Prekarisierung der Arbeit zu beobachten, europaweit stehen öffentliche Leistungen unter Privatisierungsdruck. Es lassen sich nahezu unendlich viele Beispiele für

die sozialen Verwerfungen in Europa finden. Der Blick auf die Pariser Vorstädte führt uns vor Augen, welche soziale Sprengkraft gesellschaftliche Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit beinhalten.

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass es EU-Bürger erster, zweiter und dritter Klasse gibt. Dies gilt sowohl für die soziale Lage innerhalb eines Landes als auch zwischen den Ländern der EU. Gleichwohl will ich nicht in schwarz malen und reale Fortschritte in einigen Beitrittsstaaten übersehen. Aber von einer systematischen Strategie, wie die wirtschaftliche und soziale Annäherung zwischen Ost und West als gemeinsame Aufgabe gemeistert werden könnte, sind wir weit entfernt.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme und Konflikte finden schließlich ihren Ausdruck in der Identitätskrise der Europäischen Union. Heute verfügt Europa nicht über ein Leitbild seiner künftigen Entwicklung. Oder anders formuliert: Es mag in den Einzelstaaten zwar europapolitische Strategien für die nächsten Jahre geben, aber Europa als politische Einheit weiß heute weniger den je, wohin es will. Immer noch dominiert die Vorstellung vom europäischen Markt als Kern des ganzen Projektes. Doch reicht das nicht mehr, da dies weniger denn je den notwendigen Zusammenhalt stiftet.

Pierre Bourdieu hat bereits auf der Otto-Brenner-Jahrestagung im Jahr 2000 eine sehr sachkundige und klare Kritik am damals so genannten Modell Tietmeyer formuliert. Er plädierte gegen eine Unterwerfung Europas unter die neoliberalen Theorien, die der damalige Bundesbankpräsident verkörperte. Allein: Seine Warnrufe nach mehr sozialer Regulierung und mehr Beteiligung verhallen ungehört. Auch dafür erhalten wir heute die Rechnung.

Europa steht heute an einer zentralen Weggabelung. Es geht um nichts weniger als um eine strategische Entscheidung von historischer Bedeutung. Entweder es folgt dem eingeschlagenen Weg, was auf die Fortführung des markt- und eliteorientierten Europas hinaus liefe und damit unweigerlich mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise einherginge. Die Folgen wären ein weiterer Vertrauensverlust bei den Menschen und vermutlich auch ein Anstieg sozialer Konflikte und politischer Spannungen. Und nicht zuletzt: Das Gefühl der Ohnmacht und der Einflusslosigkeit unter den Bürgerinnen und Bürgern würde sich weiter vertiefen.

Der zweite Weg setzt die Kraft und die Bereitschaft zu einer Neuorientierung in der Europapolitik voraus. Er setzt an den beiden Kerndefiziten des bisherigen Modells an: der unterentwickelten sozialen Dimension und der Demokratielücke. Die Leitlinien einer solchen Strategie heißen:

mehr soziale Sicherheit und Verantwortung – und mehr Beteiligung und Demokratie. Ich sage: Die Menschen müssen spüren, dass ein sozial und demokratisch erneuertes Europa keine Bedrohung darstellt, sondern einen positiven Beitrag dazu leisten kann, ihren Problemen und Sorgen im Alltag entgegen zu wirken.

Noch sagt eine Mehrheit »Ja« zur Idee des vereinten Europas. Nutzen wir diese Zustimmung und verspielen wir diesen Kredit nicht. Wir sind der Auffassung, dass sich die aufgezeigten Anforderungen in einem neuen politischen Projekt für Europa bündeln lassen. Solche Projekte haben die Europäische Einigung immer geprägt und vorangetrieben. Ob Europäisches Währungssystem, gemeinsamer Binnenmarkt oder der Euro – stets waren es Großprojekte dieser Art, die eine integrierende Kraft entfalteten und die alle Mitgliedstaaten dazu bewegten, an einem europäischen Strick zu ziehen.

Die Frage also lautet: Was könnte das nächste europäische Großprojekt sein? Welches gemeinsame Vorhaben könnte erneut und für die vor uns liegende, schwierige Phase die notwendige integrierende Kraft entwickeln?

Wir schlagen vor, die reformpolitische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells als ein solches Projekt auf die politische Agenda zu setzen. Sicher: Oft wird vom Europäischen Sozialmodell gesprochen und nicht immer ist deutlich, was darunter zu verstehen ist. Aber dieses Problem ließe sich lösen. Richtig ist: Die Vielfalt der Sozialstaaten innerhalb der EU ist groß, dennoch gibt es einen verbindenden Konsens. Dieser besteht in einer historischen Erfahrung, aus der die Grundidee der europäischen Sozialstaaten entwickelt wurde. Sie lautet: Der Markt ist ein äußerst leistungsfähiger Mechanismus zur Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten – der produktivste, den wir kennen. Aber mit einer gerechten Verteilung der Wertschöpfung ist er heillos überfordert. Insofern braucht es Ergänzungen und Korrekturen durch eine demokratisch legitimierte Politik.

Diese Ergänzungs- und Korrekturaufgaben nimmt in Europa der Sozialstaat und seine Institutionen wahr – wie unterschiedlich die historischen Ursprünge, die sozialen Systeme und Kulturen auch sein mögen. Die zentralen Institutionen des europäischen Sozialstaates sind starke Gewerkschaften, Mitbestimmung und Tarifautonomie, umfassende Systeme des Sozialschutzes sowie ein verteilungs- und beschäftigungspolitisch aktiver Staat. Darauf gilt es aufzubauen, wenn wir dieses Modell auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts einstellen wollen.

Der Vorschlag, die solidarische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells als neues, identitätsstiftenden Projekt für die nächste Entwick-

lungsphase zu vereinbaren, ist freilich nicht revolutionär, er ist nicht einmal gänzlich neu. Wir haben diesen Vorschlag bereits im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU unterbreitet, die am 1. Mai 2004 startete. Infolgedessen ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass der Appell zur Stärkung der sozialen Dimension zur Kongressroutine verkommt – und folgenlos verhallt. Dessen ungeachtet gilt: Gerade weil sich die Erkenntnis durchsetzt, dass Europa auf dem bisherigen Weg nicht in eine gute Zukunft zu führen ist und weil die gemeinsame Suche nach einer neuen Identität an Ernsthaftigkeit gewinnt, wollen wir eben diesen Vorschlag in die Debatte einbringen.

Die Geschichte Europas zeigt: Wenn Europa sich auf eine gemeinsame historische Aufgabe verständigt hat, ist auch dieser »bunte Haufen« in der Lage, Berge zu versetzen. Einen gemeinsamen Markt zu schaffen, sich eine gemeinsame Währung zu geben und eine ganze Region zu integrieren, die jahrzehntelang als Gegner galt – all das gelang! Sollte da die gemeinsame Arbeit an einem solidarischen Entwicklungsmodell für Europa nicht möglich sein? Wenn das Europäische Sozialmodell mit der gleichen Entschlossenheit angepackt würde wie die bisherigen wirtschaftlichen Projekte, dann wäre auch diese Aufgabe zu meistern.

Die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007 bietet eine gute Gelegenheit, erste Anstöße zu geben. Das könnte im Rahmen der ohnehin geplanten Initiative für eine Europäische Verfassung geschehen. Jüngst hat der DGB vorgeschlagen, die Europawahl 2009 mit der Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung zu verbinden. Danach sollte in einer europaweiten Volksabstimmung über die neue Verfassung abgestimmt werden. Dies halte ich für eine interessante Idee. Klar ist auch: Der vorliegende Entwurf, der in Frankreich und den Niederlanden durchgefallen ist, muss überarbeitet werden. Vor allem müssen die neoliberalen Vorgaben in der Wirtschafts- und Finanzpolitik durch eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Grundausrichtung ersetzt werden und Beteiligung und Sozialstaatlichkeit müssen als Leitlinien deutlich aufgewertet werden. Als Orientierungsrahmen könnte hier der Sozialstaats-Auftrag des Grundgesetzes dienen, wobei die Formulierung vom »sozialen und demokratischen Rechtsstaat« (Artikel 28 GG) natürlich nicht eins zu eins auf die Europäische Ebene übertragbar ist. Doch normativ bringt sie prägnant wichtige Werte des Europäischen Sozialmodells zum Ausdruck.

Natürlich wären auch Anleihen etwa an der skandinavischen Tradition eines solidarischen Wohlfahrtsstaates möglich. Entscheidend ist nicht das Herkunftsland, entscheidend ist das Signal, dass Europa in der anstehen-

den Entwicklungsphase die sozialen Lebensinteressen der Menschen – in Ost und West – in den Mittelpunkt stellen will. Für eine solche Initiative braucht es aktive Mitstreiter, die einen langen Atem haben, da eine solche, vor allem an sozialen Kriterien ausgerichtete, Entwicklung einen anderen Entwicklungspfad für Europa bedeuten würde. Aber vor allem braucht es konkrete und machbare Konzepte für die mittelfristigen politischen Ziele und Umsetzungsstrategien.

Im Folgenden möchte ich einige Handlungsfelder und politische Strategien benennen, die Schritte in Richtung einer neuen Europäischen Sozialunion bedeuten würden und die zugleich die Stützpfiler des Erneuernten Europäischen Sozialmodells skizzieren.

Wachstums- und Beschäftigungspolitik

Die solidarische Erneuerung Europas entscheidet sich nicht zuletzt auf dem Feld der Ökonomie. Die IG Metall steht für eine Politik des ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstums. Wir dürfen uns weder mit 18 Millionen Arbeitslosen noch mit dem bestehenden West-Ost- und Nord-Süd-Gefälle in Europa abfinden. Die Arbeitslosigkeit muss in ganz Europa überwunden werden. Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen sind hier wichtige Voraussetzungen.

Vor allem aber muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt genau wie die Geldpolitik auf dieses Ziel ausgerichtet werden. Zugleich ist eine koordinierte und aktive Struktur- und Industriepolitik unverzichtbar. Insofern geht es um die Verbindung zweier Ziele. Zum einen muss die industrielle Produktion und die Beschäftigung in den entwickelten Regionen stabilisiert werden. Zum zweiten muss der industrielle Aufholprozess in den neuen EU-Ländern gefördert werden. Insgesamt hat in der europäischen Wirtschaftspolitik deutlich zu werden: Die Wirtschaft in Europa ist für den Menschen da und nicht umgekehrt.

Tarifpolitik in Europa

Das zweite wichtige Handlungsfeld ist die »europäische Tarifpolitik«. Innerhalb des einheitlichen Währungsraums gibt es nicht die Möglichkeit zur Auf- oder Abwertung der eigenen Währung. Entsprechend steigt die Notwendigkeit für eine europaweite Koordinierung der Tarifpolitik, um Tarifdumping zu vermeiden. Wir Metallgewerkschaften haben uns auf eine

Koordinierungsregel in Europa verständigt. Die Lohnabschlüsse in den einzelnen Ländern sollen nicht unterhalb des Volumens aus Preissteigerungs- und Produktivitätswachstum bleiben. Dieser verteilungsneutrale Spielraum soll in jedem Land ausgeschöpft werden, in der Metallindustrie sind wir auf einem guten Weg. Deutschland insgesamt hat aber bei der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung eine Sonderrolle, da wir gesamtwirtschaftlich in den letzten Jahren eine negative Verteilungsbilanz vorzuweisen haben, während in anderen Ländern die Löhne stärker gestiegen sind.

Gerade im einheitlichen Währungsraum bleibt die Zurückhaltung in Deutschland nicht ohne Folgen für die anderen Länder. Auf gut deutsch: Es entsteht Dumping-Druck! Wir müssen deshalb unsere Anstrengungen zur Ausschöpfung des einkommenspolitischen Spielraumes verstärken. Dies gilt für einzelne Branchen und besonders für die gesamte Wirtschaft. Das heißt: Wir brauchen in Deutschland höhere Löhne!

Aber nicht nur Löhne, auch andere wichtige Themen der Tarifpolitik müssen in Europa aufgegriffen werden – Themen wie Qualität der Arbeit, Arbeitszeiten und Qualifizierungsrechte. Auch hier scheinen auf absehbare Zeit Strategien einer offenen Koordinierung erfolgsversprechender als die Suche nach europaweiten Tarifverträgen.

Europäische Tarifverträge setzen entsprechende Arbeitgeberverbände voraus, die verhandlungsbereit und abschlussfähig sind. Bisher sehe ich hier aber vor allem eine Blockadehaltung, woran vor allem auch der Soziale Dialog gescheitert ist. Da liegt noch eine Menge Arbeit vor uns.

Betriebspolitik in Europa

Neben der Tarifpolitik ist die Betriebspolitik ein weiteres zentrales Politikfeld der Gewerkschaften. Wir sollten »Betriebspolitik und Mitbestimmung in Europa« als dritten zentrale Stützpfiler des Europäischen Sozialmodells betrachten. Wir stehen für ein demokratisches Europa und sagen »Ja« zur aktiven Mitbestimmung und zur demokratischen Gestaltung der Wirtschaft. Dies reicht von der Mitbestimmung am Arbeitsplatz bis zur Wirtschaftsdemokratie.

In Deutschland haben sich die Gegner der Mitbestimmung klar positioniert, wie etwa die Rede vom »historischen Irrtum« zum Ausdruck bringt. Sie versuchen, über das Vehikel der »Europäisierung« die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und Gewerkschaften in Deutschland einzuschränken. Solche Angriffe können wir nur dann erfolgreich abweh-

ren, wenn wir offensiv auftreten. Dabei gilt es, Widerstand gegen rückwärtsgewandte Angriffe auf Arbeitnehmerrechte durch eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Europa zu stärken. Beides tun wir – in Kommissionen und in der betrieblichen Praxis.

Ein gutes Praxisbeispiel für grenzüberschreitende, betriebliche Mitbestimmung sind die Europäischen Betriebsräte, wobei allerdings erst rund ein Drittel der EBR-fähigen Unternehmen über einen Eurobetriebsrat verfügen. Das zeigt den großen Nachholbedarf an. Vor allem in betrieblichen Krisensituationen zeigt sich: Die Informations- und Anhörungsrechte des Europäischen Betriebsrates sind bislang unzureichend. Die Revision der Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten ist unverzichtbar. Der Geltungsbereich des Europäischen Betriebsrates muss erweitert und die Arbeitsgrundlagen verbessert werden.

Schönheitswettbewerbe zwischen Standorten innerhalb von einzelnen Unternehmen gehören heute zum europäischen Alltag. Hier brauchen wir starke Interessenvertretungen, die mit den Vorständen auf Augenhöhe verhandeln können. Der Ausbau der Rechte und die kontinuierliche europäische Vernetzung von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen sind wichtige Zukunftsaufgaben.

Europäische Sozialpolitik

Ein erneuertes Europäisches Sozialmodell weiß sich dem Ziel einer Annäherung der Lebensverhältnisse in Europa verpflichtet. Bedingung hierfür ist, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen auf hohem Niveau anzugleichen. Vor allem zwischen Ost und West klafft hier noch eine große Lücke.

Heute kommt jeder sechste EU-Bürger aus einem der 2004 beigetretenen Länder, allerdings werden dort nur rund 5% der Wirtschaftsleistung erbracht. Diese Spaltung muss überwunden werden. Gleichwohl führt dies zu schwierigen Diskussionen über eine gerechte Arbeitsteilung in Europa. Gewerkschaften stehen im Spannungsfeld des »Kampfes für den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes« und dem Ziel »gleicher Entwicklungschancen für alle Regionen«. Die Auseinandersetzung beispielsweise bei General Motors gibt uns einige wichtige Hinweise.

Die kontinuierliche Vernetzung der betrieblichen Interessenvertretungen ist die Voraussetzung dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeneinander ausgespielt werden. Klar ist, dass nicht jede Investition in Deutschland durchgeführt werden kann. Es ist aber auch

nicht hinnehmbar, dass Unternehmen minimale Kostenunterschiede ausnutzen und über Nacht Standorte dicht machen.

Die von der IG Metall vorgeschlagene Verlagerungsabgabe kann helfen, vor allem kurzfristig angelegte Dumping-Verlagerungen betriebswirtschaftlich unattraktiver zu machen, die gesellschaftlichen Folgekosten von Verlagerungen abzumildern und den potenziellen Verlierern solcher Standortwettbewerbe eine neue Perspektive etwa durch Ersatzarbeitsplätze zu eröffnen. Bislang sind aber nicht nur die regionalwirtschaftlichen, sondern vor allem auch die sozialpolitischen Anstrengungen in Europa unzureichend und halbherzig, was unverantwortlich ist.

Wer ohne ideologische Verblendung auf Europa schaut, muss zugehen: Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit so großen Unterschieden bezüglich Wachstum, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsentwicklung braucht umfassende sozialpolitische Regulierungen. Er braucht eine intensive politische Begleitung der allmählichen Annäherung der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West und zwischen Nord und Süd. Und er braucht ein verlässliches Fundament an sozialen Grundrechten und Mindeststandards, ansonsten wären kaum überbrückbare soziale Spaltungen innerhalb Europas vorprogrammiert.

Die IG Metall plädiert deshalb für einen sozialen Stabilitätspakt, der Mindestbedingungen festschreiben und den unterschiedlichen Ausgangssituationen in den alten und den neuen EU-Ländern Rechnung tragen soll.

Heute ist in Europa zu beobachten, dass in den Ländern mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen und größerer Wirtschaftskraft auch höhere Sozialstaatsquoten möglich sind, da offenbar ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftskraft und Sozialstaatlichkeit besteht. Hier wäre es möglich, dass Länder mit einer ähnlichen Wirtschaftskraft sich auf ähnliche Sozialniveaus verständigen könnten.

Entsprechende Sozialleistungsquoten könnten dann im Rahmen offener Koordinierungsverfahren als Orientierungspunkte dienen. Das würde einen Schutz vor einer Überforderung schwacher Volkswirtschaften bedeuten und zugleich einen gewissen Anspruch an ein soziales Sicherungsniveau verbindlich festschreiben. Aber: Öffentliche Standards als Basis eines Europäischen Sozialmodells müssen auch solidarisch finanziert werden. Zur Erreichung dieses Ziels muss der Wettlauf bei der Senkung der Unternehmenssteuern endlich gestoppt werden. Dazu haben wir vorgeschlagen, in allen europäischen Ländern

- gleiche Regeln mit Blick auf Steuerbemessungsgrundlagen zu vereinbaren;

- die Mindeststeuersätze anzugleichen;
- und auf dieser Basis Steuertarife vorzusehen, die den Staaten hinreichende Einnahmen ermöglichen und zugleich die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den Staaten berücksichtigen.

So könnte Steuerdumping begegnet und die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden.

Regulierung der Finanzmärkte

Schließlich möchte ich auf die Notwendigkeit verweisen, auch die Finanzmärkte entsprechend der Notwendigkeiten eines erneuerten Europäischen Sozialmodells zu gestalten. Soziales darf nicht als Restgröße der Ökonomie verstanden werden – schon gar nicht der Finanzökonomie. Europa ist eine der größten und stärksten Wirtschaftsregionen der Welt. Es ist zentraler Player und kein hilfloser Spielball der Globalisierung. Daher sollte Europa sein wirtschaftliches Potenzial zur Gestaltung der Güter- und Finanzmärkte nutzen.

Wir spüren es jeden Tag: Transnationale Konzerne und Finanzmarktakteure haben sowohl gegenüber Belegschaften als auch gegenüber den Staaten an Macht gewonnen, sodass heute vor allem der Finanzmarkt den Ton angibt. Oftmals sind es die Hedge- und Private-Equity-Fonds, die das Management auf hohe Renditen einstimmen und Staaten erpressen. Der Aktienkurs wird zur entscheidenden Größe der Unternehmenssteuerung, parallel geraten allzu oft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch mittelfristige Innovationen unter die Räder der finanzmarktgetriebenen Wirtschaft. Die destruktive Kraft dieser Fondsökonomie ist unübersehbar und nicht länger akzeptabel.

Das erkennen mittlerweile sogar führende Vertreter der Finanzwirtschaft. Allmählich gewinnt die Einsicht an Zustimmung, dass neue, verbindliche Spielregeln für die Finanzmärkte und ihre Akteure unverzichtbar sind. Die Europäische Union muss hier zum Vorreiter werden. Es geht um die Regulierung des Finanzmarktkapitalismus, der sich auch in Europa längst herausgebildet hat. Rund ein Fünftel der weltweiten Wirtschaftsleistung wird in der EU erbracht. Diese enorme wirtschaftliche Stärke zeigt: Die Europäische Union kann die entscheidende Ebene für die demokratische Gestaltung der Globalisierung und der Finanzmärkte sein. Man sieht: Es existieren vielfältige Vorschläge, die es aufzugreifen gilt.

Ich möchte es bei dieser groben Skizze einer reformpolitischen Erneuerung des Europäischen Sozialmodells belassen, obwohl es noch

vieles hinzuzufügen gäbe – etwa über die Rolle eines sozialen Europas auf globaler Ebene.

Jeder weiß um die Wichtigkeit der inneren Ausgestaltung Europas für den Einzelnen und für uns, doch wir wissen auch um die Verantwortung Europas in der Welt. Wir wollen Wohlstand in Europa, gleichwohl darf es uns nicht um eine Insel des Wohlstands gehen, die sich hinter Zäunen vor Elend und Armut in der Welt versteckt. Europa trägt Verantwortung in der Welt – die zur Überwindung des Krieges und die zur Bekämpfung der Armut. Dies bedeutet auch mehr europäisches Engagement zur Überwindung des Hungers auf der Welt und erheblich mehr Einsatz bei der Umsetzung der Millennium Development Goals, durch die weltweit die Armut bis 2015 halbiert werden soll.

Die Gewerkschaften in Deutschland, allen voran die IG Metall, sind willens, sich mit großem Engagement an die europäische Arbeit zu machen. Doch dazu müssen auch wir zu neuen Überlegungen und Anstrengungen bereit sein.

Zwar ist in den Gewerkschaften das Thema Europa vorangekommen, doch ein selbstkritischer Blick auf uns zeigt: Weniger in der Programmatik, allerdings in der Alltagspraxis weisen die Gewerkschaften, weist auch die IG Metall einen gewissen Europäisierungsrückstand auf. Nicht, dass es nicht vielfältige Aktivitäten in den unterschiedlichsten Feldern der Europapolitik gäbe. Nicht, dass nicht unser europäischer Dachverband, der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB), seit Jahren gute und sehr engagierte und durchaus erfolgreiche Arbeit leistet (vgl. den Beitrag von Peter Scherrer in diesem Band).

Wir fangen also nicht bei Null an – weiß Gott nicht! Aber: Bekanntlich ist das Bessere der Feind des Guten. Die Herausforderung liegt vor allem darin, Europa nicht als separates Einzelthema für die Europaspezialisten zu behandeln. Vielmehr geht es um die Europäisierung aller Dimensionen der gewerkschaftlichen Politik. Mit anderen Worten: Es geht um ein »europapolitisches Mainstreaming«, um die Berücksichtigung europäischer Aspekte in der tagtäglichen Arbeit.

Um hier voranzukommen, werden wir ein Projekt »Europäisierung der IG Metall« auflegen. Beginnen werden wir mit der gemeinsamen Erarbeitung eines »Europapolitischen Memorandums der IG Metall«, in dem wir unsere Vorschläge für eine solidarische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells aufzeigen (siehe den Entwurf im Anhang dieses Buches). Wir werden Ansprüche an die Politik, aber auch an uns selbst formulieren, wir werden Wege zur Umsetzung der gemachten Vorschläge skizzieren und zeigen, dass und wie machbar ist, was wir für notwendig halten.

Wir haben den festen Willen, Europa nicht den Verteilungs- und Machtinteressen einer kleinen Elite zu überlassen. Wir wollen ein Europa zum Anfassen, ein Europa, das die Zustimmung, ja die Zuneigung der Menschen gewinnt. In diese Richtung wollen wir wirken, mit der notwendigen Geduld, aber auch mit der erforderlichen Entschlossenheit. Willy Brandt sagte einmal: Mit Europa sei es »wie mit dem Liebesspiel der Elefanten: Alles spielt sich auf hoher Ebene ab, wirbelt viel Staub auf – und es dauert sehr lange, bis etwas dabei herauskommt.«

Sorgen wir also dafür, dass Europa nicht nur auf hoher Ebene, sondern in unserer Alltagspraxis stattfindet, dass uns der Staub nicht den klaren Blick auf das Notwendigen trübt und dass es mit dem guten, dem sozialen und demokratischen Europa etwas schneller geht.